

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Frey, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geehrte Zuhörer !

Es wäre auch zu schön gewesen !

Nach dem Fall der Grenze zwischen Ost- und Westdeutschland und dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Warschauer Paktes verkündete der amerikanische Philosoph Francis Fukuyama 1992 in seinem vielbeachteten Buch „Das Ende der Geschichte“ begeistert, daß nun der ewige Friede angebrochen sei, getreu dem Song „Imagine“ von John Lennon. Dessen beklagenswertes Schicksal ist bekannt. Der einzige noch verbliebene Konflikt, so Fukuyama, sei der Islamismus.

Frau Merkel, unsere langjährige ehemalige Bundeskanzlerin, zeigte sich überzeugt, daß ein „Wandel durch Handel“ dazu führen würde, daß die früher im kalten Krieg verfeindeten Staaten nun friedlich miteinander Handel treiben und dadurch ihre Regierungsform der westlichen Demokratie angleichen würden. Der Bau der Erdgasleitung North Stream 2 diene als Beweis dafür.

Spätestens am 24. Februar 2022 ist diese Illusion wie eine Seifenblase zerplatzt.

Nach der Corona - Virusinfektionswelle, die um die Welt ging und geht, und von der immer noch niemand weiß, woher das Virus wirklich stammt, der weltweit folgenden Rezession und im vergangenen Jahr dem russischen militärischen Überfall auf

die Ukraine hat es nicht nur in Deutschland eine Inflation gegeben, wie sie bei uns zuletzt 1951 durchgemacht wurde. Gleichzeitig ist es zu einer Einwanderungswelle nach Deutschland gekommen, die sogar die Dimension des Jahres 2015 deutlich übertroffen hat, wobei die Zahl der aus der Ukraine geflüchteten Asylbewerber anteilig nur im einstelligen Prozentbereich liegt. Die allermeisten Ukrainer, meist junge Frauen mit ihren Kindern, wären froh, wenn sie möglichst bald in ihre Heimat zurückkehren könnten. Das ist bei Immigranten aus anderen Ländern nicht erkennbar.

Die Folgen dieses sozialen, ethnischen und moralischen Erdbebens haben auch wir in Bad Friedrichshall erleben müssen.

Der Haushaltsentwurf für 2022 wirkte vor einem Jahr noch stabil und ausgeglichen.

Jetzt für 2023 sieht die Situation anders aus.

- die Preise für unsere Bauvorhaben, zum Beispiel die Lindenberghalle, haben sich fast verdoppelt
- die Versorgung mit fossilen Energiequellen, allen voran Erdgas ist komplizierter geworden. Dazu kommt noch das Sankt Florian-Prinzip: wenn Fracking wirklich umweltschädlich ist, dann lieber in den USA Schaden anrichten als bei uns. Dafür zahlen wir gern einen höheren Preis. Früher nannte man so etwas Ablaßhandel. Wenn wir nur genug zahlen, kommen wir in den Umwelthimmel.

- die Stromversorgung ist gefährdet. Aus ideologischen, für die FDP nicht nachvollziehbaren Gründen werden die letzten drei noch laufenden Kernkraftwerke ausgerechnet jetzt bald abgeschaltet, obwohl die Versorgung mit erneuerbarer Energie fragil ist. Wir leben eben leider nicht auf einer sonnenüberfluteten Mittelmeerinsel und haben keinen Dauerwind wie auf den Azoren.
- wann das Gleichstromkabel Sümlink für grünen Strom von der Nordsee zu uns in Betrieb geht, steht in den Sternen. Immerhin haben wir auf unserer Gemarkung 16 Kilometer von ca 1000 km Gesamtlänge schon mal geplant. Der Abschnitt ist baureif. Das sichert unsere Stromversorgung durch die Windräder in der Nordsee in den nächsten 10 bis 15 Jahren aber nicht.

Zahlreiche Projekte, die noch vor einem Jahr dank der sparsamen und gewissenhaften Haushaltsführung unserer Verwaltung machbar erschienen, - Herrn Friede sei noch einmal herzlich gedankt für seine Arbeit -, sind jetzt fraglich geworden.

Ich will nicht noch einmal auf die ganzen Details eingehen, die meine geehrten Vorredner der anderen im Gemeinderat vertretenen Parteien schon ausführlich dargelegt und ventiliert haben.

Alle Fragen wurden über das Jahr in den Vorberatungen, Vorgesprächen mit den Fraktionsvorsitzenden,

in den Fraktionssitzungen mit den Mitgliedern des Gemeinderates, dann in den Ausschüssen des Gemeinderates ausführlich und durchaus kontrovers besprochen, so daß letztendlich in den Gemeinderatssitzungen fast alle Vorhaben einstimmig beschlossen wurden.

Diese Einstimmigkeit mag den einen oder anderen interessierten Zuhörer überraschen, aber der Gemeinderat ist das Kontrollorgan der Gemeindeverwaltung, nicht der Landtag, in dem sich die jeweilige Regierung und ihre Opposition gegenseitig der Unfähigkeit bezichtigen.

Einige Punkte bedürfen dennoch der Erwähnung.

Die Zuwanderung von Nicht- EU-Bürgern in unser Land, nicht von ukrainischen Familien aus dem Kriegsgebiet, sondern aus anderen, besonders afrikanischen und vorderasiatischen Ländern, hat ein Ausmaß angenommen, das unsere Kapazitäten in Bad Friedrichshall an ihre Grenzen bringt.

Die Zahlen von 2015 sind längst übertroffen. Uns drohen wieder

- die Umwidmung von Sporthallen zu provisorischen Wohnplätzen,
- die Errichtung und Belegung von Containerunterkünften und
- die Überbelegung von stadteigenen Wohnungen.

Das Verständnis der Bürger für diese Maßnahmen geht deutlich zurück. Abgeschreckt durch schlechte Erfahrungen mit Migranten aus anderen Kulturkreisen vermieten immer weniger

private Wohnungseigentümer direkt an Nicht-EU-Bürger. Das bedeutet: die Stadt muß die Wohnungen anmieten, für angerichtete Schäden aufkommen und die Renovierung bezahlen.

Die FDP kann sich bisher leider mit ihrer Forderung nach einer Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und der Asylverfahren insgesamt im Bundestag gegen die beiden anderen Regierungsparteien nicht durchsetzen.

Die Forderung der FDP lautet:

Asylaufnahme in unser Sozialsystem nein, Einwanderung auf unseren Arbeitsmarkt ja gerne.

Wie wir in Bad Friedrichshall mit der Zuwanderung zurecht kommen sollen, wissen wir noch nicht.

Der Baufortschritt auf dem Gelände der oberen Fundel, dem zukünftigen Schwarz- Campus, ist rasant, völlig im Zeitplan. Geradezu im Wochenrhythmus entstehen neue Geschosse auf den Häusern. Die Fertigstellung Ende 2025 scheint realistisch. Auch wenn die Beeinträchtigung der Anwohner durch den Baustellenverkehr beträchtlich ist, ein Blick nach Bad Wimpfen auf das Gebäude der dortigen Lidl-Zentrale ist ein Blick in die Zukunft.

Auch die mit dem Campusneubau in Zusammenhang stehenden Bauvorhaben an der Amorbacher Straße sind in die

Wege geleitet. Die Parkplatzfrage für die dort zu bauenden Wohnungen konnte zukunftsweisend gelöst werden.

Der Vorschlag der FDP, etwas weniger Parkplätze für Anwohner und mehr Plätze für Carsharing, Elektroräder, Anlieferer und Besucher zu schaffen, fand eine Mehrheit im Gemeinderat.

Der Anschluß des Schwarz-Campus, des neuen Wohngebietes und des Ortsteiles Kochendorf insgesamt an den ÖPNV wird auch durch die Mitwirkung der Schwarz-Gruppe deutlich verbessert werden. es wird einen neuen S-Bahn-Haltepunkt Kochendorf Süd geben mit einer Brücke über die B 27 nach Kochendorf.

Daß der seit 7 Jahren in Planung befindliche Fahrradschnellweg, also die Verbreiterung des bestehenden Fahrradweges zwischen Bad Wimpfen und Böckingen mit Anschluß an den Schwarz-Campus frühestens 2028 fertig sein soll, also nach über 13 Jahren Planung, erst drei Jahre nach Fertigstellung des Schwarz-Campus, zeigt deutlich, daß die ideologischen Fantasien der grünen Landesregierung mit der konkreten Wirklichkeit wenig zu tun haben.

Wir in Bad Friedrichshall haben unseren Radwegeverkehrsplan fertig. Die Umsetzung beginnt sofort.

Wir müssen lernen: Fahrradfahren ist kein Freizeitsport zum Fitbleiben mehr, sondern E-Bikes und Lastenräder sind ernstzunehmende Transportmittel für den Alltagsverkehr, es sei denn, man hat das Geld für einen Zweit- oder gar Drittwagen als Elektroauto, um das Umweltgewissen zu entlasten. Das

gelingt aber nicht, denn aktuell kommt der Strom für Elektrofahrzeuge aus Atomkraftwerken in Tschechien und Polen oder Kohlekraftwerken wie Heilbronn. Die wiederum müssen schon jetzt meist mit Steinkohle aus Australien befeuert werden. Steinkohle wird in Deutschland schon lange nicht mehr gefördert, Braunkohleförderung in Deutschland gilt als Umweltfrevel, Kohle-Verfeuerung offenbar nicht. Lützerath läßt grüßen und Australien ist weit weg.

Alle Neubauvorhaben im Stadtgebiet sind beschlußreif oder beschlossen. Damit demonstriert die Stadt, daß uns die Innenstadtverdichtung, das heißt die Bebauung von Brachflächen im Stadtgebiet wichtiger und vernünftiger ist als die Umwandlung von wertvollen Ackerflächen in Bauland.

Leider können das einzelne Anwohner nicht verstehen und behindern den Baufortschritt durch Klagen vor den Verwaltungsgerichten. Leidtragende sind die zahlreichen Mitbürger, die verzweifelt nach Wohnungen, besonders auch bezahlbaren Wohnungen , sogenannten Sozialwohnungen, im Stadtgebiet suchen. Gerade bei den aktuellen Baupreisen kann sich eben nicht jeder ein neues frei stehendes Einfamilienhaus im Grünen leisten. Die FDP im Gemeinderat unterstützt daher sehr den Bau von Mietshäusern im Innenstadtbereich.

Die Anträge der FDP im Gemeinderat, das Durcheinander der Geschwindigkeitsbeschränkungen in der Stadt zu vereinheitlichen, wurden durch ein Lärmgutachten untermauert.

Wenigstens an einigen Hauptstraßen ändert sich jetzt nicht mehr alle 200 Meter die erlaubte Geschwindigkeit und die Uhrzeit der Beschränkungen. Hier gibt es aber sicher noch einiges zu tun. Oedheim, auch Offenau und weitere Orte an der B 27 können als Vorbild dienen. Es gilt: wo ein Wille ist, gibt es auch einen Weg.

Die Initiative der FDP im Gemeinderat, die städtischen Dieselfahrzeuge und Arbeitsgeräte mit umweltfreundlichem CARE-Diesel zu betanken, nimmt jetzt offenbar endlich Fahrt auf. Dieser Kraftstoff, in Finnland entwickelt, wird im Gegensatz zum bekannten Biodiesel nicht aus Rapsöl oder gar Palmöl, sondern aus Lebensmittel-Rückständen gewonnen, die bisher als Abfall verbrannt wurden. Dieser Treibstoff ist für jeden Dieselmotor, egal wie alt, verwendbar. Dabei entstehen weder Feinstaub noch Schwefeloxide. Das bestätigen große Hersteller wie Mercedes und Audi. Damit beweist die Stadt Bad Friedrichshall einmal mehr, daß Umweltschutz für uns kein hohles Lippenbekenntnis ist, sondern ein echtes Anliegen. Alle Behörden-Dieselmotoren werden in naher Zukunft hoffentlich nicht mehr mit fossilem Diesel aus Katar, Kasachstan oder anderen ehemaligen Sowjetrepubliken betankt werden müssen. Leider hat sich diese Erkenntnis zwar in unseren Nachbarländern, aber noch nicht auf Bundesebene bei den Koalitionspartnern herumgesprochen.

In Baden-Württemberg wird die Verwendung dieses CARE-Diesels als Pilotprojekt vom grünen Verkehrsminister geduldet - immerhin.

Aber es gibt noch viel zu tun: die Neugestaltung des Friedrichshaller Hauptbahnhofes zum Beispiel, die Verbesserung der hausärztlichen Versorgung in der Stadt oder die Nutzung der Brachfläche beim Kaufland, und viele weitere Projekte, die alle viel Geld kosten werden, das wir vermutlich mittelfristig nicht mehr haben. Aber eines ist für uns Liberale klar: das Freibad muß geöffnet bleiben, obwohl es defizitär ist, wie ja in jedem Jahr.

Wenn die Zahlen, die uns unser neuer Kämmerer Herr Preuss präsentiert hat, nicht zu optimistisch sind und die allgemeine Finanzkrise sich nicht noch weiter verschlimmert, können wir berechnete Hoffnung hegen, daß wir zumindest in 2023 einen einigermaßen ausgeglichenen Haushalt haben werden. Allerdings fehlen in dem Haushalt Mittel für die Herausforderungen, die durch die geopolitischen Verschiebungen und den Klimawandel entstanden sind, und die wir nicht aus den Augen verlieren dürfen. Eine neue Stabsstelle für alle Umweltbelange wurde geschaffen und besetzt. Nun wird es wichtig, auch Mittel für neue Aufgaben wie Erneuerbare Energien, Wassermanagement, lokalen Klima- und Umweltschutz und eine auch in Zukunft lebenswerte Stadt bereit zu stellen. Die mittelfristige Finanzplanung bis 2026 allerdings sieht nicht mehr so rosig aus. Lassen wir uns

überraschen. Die Weltpolitik können wir aus Bad Friedrichshall heraus sicher nicht beeinflussen.

Unser Dank gilt ausdrücklich Herrn Preuss für seine sorgfältige Aufarbeitung und Vorbereitung und dann seine verständliche und übersichtliche Darstellung des Haushaltsplanentwurfes.

Wir danken Herrn Bürgermeister Frey und allen Mitarbeitern in der Verwaltung, den Stadtwerken, dem Baubetriebshof und allen, die sich im Amt und Ehrenamt für die Stadt engagieren, um uns Bürgern eine lebens- und liebenswerte Stadt zu ermöglichen.

Wir, die Freien Demokraten im Gemeinderat stimmen dem Haushaltsplan für 2023 zu.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und Geduld.

*Dr. Harald Zeplin, Gemeinderat der FDP Bad Friedrichshall*